Die Pflegekammer Niedersachsen soll den Stand der Pflege verbessern, stößt die Beschäftigten aber vor den Kopf und löst heftige Proteste aus

Der Pflegefall

Von Heiko Stumpe und Björn Stöckemann

Rita Krüger (links) und Jutta Ebrecht sprechen über die Arbeitsbelastung der Pflegekräfte und den Widerstand gegen den Zwang der Pflegekammer.

Christine Meier von der Gewerkschaft Verdi. FOTOS: STUMPE

LANDKREIS. Bereits kurz nach Gründung steht die Pflegekammer Niedersachsen in der Kritik. Landesweit machen Pflegekräfte gegen die Institution mobil. Und die Zukunft der jungen Einrichtung scheint bei diesem Gegenwind keineswegs gesichert. Dabei war die Kammer eigentlich als Vertretung der Pflege gedacht.

Schon die Zwangsmitgliedschaft nahmen viele der Kammer übel. Dementsprechend wenig begeistert waren die Pflegekräfte über die Weihnachtspost. Mit einem Standardschreiben forderte die Kammer den Mitgliedsbeitrag – und ging von Jahreseinkünften in Höhe von 70.000 Euro brutto aus. Was als Muster gedacht war, empfanden die Empfänger als blanken Hohn. Im Gesundheitsbereich sind 20-Stunden-Verträge verbreitet. Solche Jahreseinkünfte sind nicht utopisch, sondern schlicht unrealistisch. Dass außerdem auch Pflegekräfte eine Zahlungsaufforderung erhielten, die gar nicht mehr im Pflegebereich arbeiten, in einem Minijob tätig sind oder sogar Rentner, die sich nur etwas dazu verdienen, fiel da schon fast nicht mehr ins Gewicht. Die „Kammer des Schreckens" hatte ihren Ruf weg und einen denkbar schlechten (Ein)Stand.

Auch Jutta Ebrecht hat Post aus Hannover bekommen. Dabei pflegt die examinierte Altenpflegerin derzeit ausschließlich privat eine Angehörige. „Die Pflegekammer hat nicht verstanden, die Pflegekräfte mitzunehmen", findet Ebrecht. Am Anfang sei noch von einem monatlichen Mitgliedsbeitrag von vier Euro die Rede gewesen, dann acht Euro, jetzt sind es 140 Euro für ein halbes Jahr. Aus Protest rufen Pflegekräfte auf, das Staatsexamen, welches die Kammer als Grundlage der Mitgliedschaft ansieht, zurückzugeben. Denn nicht nur die Höhe des Mitgliedsbeitrags und die Art, wie dieser sich berechnet, halten die Skeptiker für unangemessen. Es werde auch ein Spalt zwischen examinierte Kammermitglieder und Hilfskräfte, die außen vor blieben, getrieben. „Aber Pflege findet im Team statt!", betont Ebrecht.

Ebrecht engagierte sich bis vor kurzem noch bei „Pflege am Boden", dem Hildesheimer Ableger eines bundesweiten Netzwerks, der sich aber aufgrund des Streites um die Pflegekammer aufgelöst hat. Zu diesem Kreis gehörte auch Rita Krüger von Die Linke. „Die Meinungen der Pflegekräfte gehen auseinander, aber der Großteil ist gegen die Pflegekammer", beobachtet Krüger. Diese Gegenbewegung zeigt sich auch in einer Online-Petition: „Auflösung der Pflegekammer Niedersachsen und Beendigung der Zwangsmitgliedschaft von Pflegekräften." 40.000 Menschen haben bereits unterschrieben.

Dabei hat die Pflege schon zahlreiche Probleme. „Immer weniger Pflegekräfte auf immer mehr zu Pflegende, die in immer kürzerer Zeit versorgt werden müssen", fasst Krüger die Misere zusammen. Die steigende Belastung bleibt nicht ohne Folgen. „Viele Fachkräfte gehen raus aus dem Pflegebereich", sagt Krüger. „Die wollen sich den Stress nicht mehr antun."

> **„Pflege findet im Team statt!"**
> Jutta Ebrecht, Pflegekraft

Das bestätigt auch Christine Meier. Sie war früher Krankenschwester, ist dann zu Verdi gewechselt und betreut jetzt als Gewerkschaftssekretärin von Hildesheim aus Krankenhäuser und Pflegeheime in der Region. Sie merkt eine Solidarisierung in den Belegschaften – als Gegenbewegung zur Pflegekammer. Diese sei nur ein Kontrollorgan, könne kaum etwas bewegen. „Die Pflegekammer kann keine Tarifverhandlungen führen", führt sie als Beispiel an. „Es ist ein Trugschluss, dass mit einer Kammer alles besser wird", mahnt Meier. Die Pflegekammer habe kein Instrumentarium, um etwas gegen schlechte Rahmenbedingungen zu tun, um sich gegen die meist privaten Arbeitgeber zu wehren. „Stattdessen werden von der Kammer Repressionen gegen Pflegekräfte angedroht." Viele Pflegekräfte sehen derzeit schlicht keinen Mehrwert in der Kammer. Alles was sie haben, ist ein Brief, der von 70.000-Euro-Beschäftigten phantasiert.

Wegen der Post brach sich der angestaute Unmut zwischen den Jahren Bahnen. Plötzlich war die Kammer landesweit in aller Munde. Für Stefan Schwark war die Diskussion allerdings nicht neu. Der ausgebildete Gesundheits- und Krankenpfleger ist im Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe aktiv. Die Pläne würden schon seit mindestens zehn Jahren die Runde machen. Die derzeitige Aufregung ist für ihn auch ein Symptom der tiefergehenden Probleme der Pflege. „Die berufspolitische Informiertheit lässt seit jeher zu wünschen übrig", formuliert er vorsichtig. Der freiwillige gewerkschaftliche Organisationsgrad im Pflegebereich liege unter zehn Prozent. Für Schwark auch ein Grund dafür, „dass wir stehen, wo wir heute stehen". Privatisierung. Fachkräftemangel. Überlastung. In den skandinavischen Ländern läge der Organisationsgrad bei annähernd 100 Prozent – mit Kammer. Entsprechend besser sei dort die Situation für Pflegende und Patienten.

> **„Man hat unsere Probleme lange nicht ernst genommen."**
> Stefan Schwark, Pflegekraft

Schwark befürwortet deswegen die Kammer. Er erhofft sich dadurch eine höhere Wertschätzung des Berufsfeldes und bessere Vernetzung mit der Politik. In anderen Bereichen, bei Ärzten, Anwälten und Architekten, sei die jeweilige Kammer ein Türöffner. Die Pflege stünde derweil vor der Tür. Scharfe Kritik übt Schwark eher an der Politik. „Man hat unsere Probleme lange weder erkannt, noch wahr, noch ernst genommen", findet er. Schlimmer könne es sowieso nicht mehr werden, aber mit Kammer vielleicht besser. Krüger und Ebrecht von „Pflege am Boden" fürchten hingegen, dass die Kammer für die Politik ein handzahmer Papiertiger ist, an den sie bei Kritik verweisen kann.

Schwark hofft dennoch, dass seine Kolleginnen und Kollegen der Kammer zumindest eine Chance geben. „Die Arbeit muss gut sein, daran muss sich die Kammer messen lassen", betont er und verweist auf ein erstes Ergebnis: den Bericht zur Lage der Pflege in Niedersachsen. Die Vollerhebung würde zum ersten Mal gesicherte Zahlen, Daten und Fakten zum Berufsstand liefern. Für Qualitätssicherung oder ein Beruferegister wäre das ein Schritt nach vorne.

Gerade hat Sozialministerin Carola Reimann die Kammerpräsidentin Sandra Mehmecke zum Rapport gebeten. Die Beitragsordnung (bisher 0,4 Prozent vom Einkommen) soll überprüft werden. Von einer Abschaffung der Pflicht-Pflegekammer spricht niemand von offizieller Seite. Die Körperschaft des öffentlichen Rechts hat sich erst im August 2018 konstituiert, Ende 2016 gab es einen Landtagsbeschluss, erste Gesetzesentwürfe gehen auf 2010 zurück.

Ihre Gründung sei ein jahrelanger Prozess gewesen, an dem sich viele ehrenamtlich beteiligt haben, sagt Kammersprecher Tino Schaft. „Die Bewegung kam aus der Pflege selbst." Viele Pflegekräfte halten dagegen, dass die damalige Umfrage kaum repräsentativ gewesen sei. Nach eigener Angabe vertritt die Kammer rund 90.000 Pflegekräfte. 23 Vollzeitkräfte sind dafür in Hannover angestellt. Kräfte, die andernorts zweckdienlicher arbeiten könnten, finden Kritiker.

„Die Kritik ist deutlich angekommen", betont der Kammersprecher. Jetzt gehe es für die Pflegekammer darum, verlorengegangenes Vertrauen wieder aufzubauen.